

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5651

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5651



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Der aktuelle Freitags-Kommentar
1. Mai 2026

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

Islamismus-Finanzierung als «hybride Kriegsführung»

Der lange Arm des Halbmonds

von Anian Liebrand, Verlagsleiter und Chefredaktor «Schweizerzeit»

Die Ausbreitung des radikalen, politischen Islam in Europa geschieht systematisch – als Teil einer staatsgelenkten Offensive. Während z.B. in St. Gallen eine «albanisch-islamische Gemeinschaft» von ihrer neuen Grossmoschee träumt, rollt aus den Golfstaaten und der Türkei ein millionenschwerer Geldregen Richtung Schweiz und Europa. Das Egerkinger Komitee hat die Zusammenhänge durchschaut – und rüstet zu wohl überlegten Gegenmassnahmen.

Wer glaubt, Moscheen und Islamzentren seien ausschliesslich schlichte Angelegenheiten frommer Gläubiger, die gemeinsam beten wollen, hat die Geopolitik der letzten Jahrzehnte verschlafen. Rund 260 Moscheen zählt die Schweiz mittlerweile – und nicht wenige davon werden in üppigem Umfang mit Geld aus dem arabischen Ausland und der Türkei gespeist. Es geht um Millionen, die aus Riad, Doha oder Ankara fließen. Geldflüsse, die kein Zufall sind, sondern Kalkül.

Arabische und türkische Millionen

Das plastischste Beispiel liefert Genf: Die grösste Moschee der Schweiz, das Islamische Zentrum in Petit-Saconnex, wird von Saudi-Arabien finanziert. Im Schatten der UN-Diplomatie unterhält Riad hier einen Vorposten wahhabitischer Frömmigkeit. Die Wahhabitische Ausprägung des Islam gilt als besonders radikal: Sie ist der Ursprung des Niqabs – Frauen haben sich vor den meisten Männern zu verhüllen, sonst gibt's Prügel!

Ein weiteres Beispiel: Eine Moschee an der Zürcher Rötelstrasse, deren Gebäude 1982 von den Vereinigten Arabischen Emiraten erworben wurde. [Bis heute fließen jährlich mindestens 200'000 Franken von der Arabischen Halbinsel nach Zürich.](#)

Über die Entsendung und Finanzierung von Imamen nehmen die Golfstaaten konkreten Einfluss auf die muslimische Gemeinschaft in der Schweiz. Die importierten Prediger haben meist eine überaus radikale Ausprägung. Sie trichtern den Muslimen in der Schweiz ein, sie dürften sich nicht zu stark integrieren und die muslimische Glaubenslehre über die Verfassung ihres Gastlandes zu stellen.

Besonders offensiv agiert die Türkei: Die staatliche Religionsbehörde Diyanet unter Präsident Erdogan schleust seit Jahren dutzende Imame in die Schweiz, die über die türkische Botschaft als Staatsbedienstete besoldet werden. Ihr Auftrag ist nicht allein das Gebet – [sie haben laut Medienberichten für den türkischen Staat immer wieder](#)

Landsleute ausgespitzt. «Staatlich delegierte Gottesmänner» als Geheimdienstler in Schweizer Moscheen: Das ist keine Verschwörungstheorie, das ist belegte Realität. Hybride Kriegsführung nennt man das im Sicherheitsjargon. In Moscheen sog. «türkisch-islamische Kulturvereine» ist dies Alltag – mit dem Zweck, die türkische «Community» nach Ankaras Willen zu erziehen und zu lenken.

Die Schweizer Behörden müssten sich der Problematik bewusst sein, kommen aber offenbar zu merkwürdigen Schlüssen: Konkrete Belege, dass mit ausländischen Geldern gewalttätig-extremistisches Gedankengut verbreitet werde, fehlten – und ein Verbot könnte «erst recht kontraproduktiv» wirken, weil das Geld dann illegal fließen würde. Eine kafkaeske Logik: Man verbietet das Stehlen nicht, weil die Diebe sonst heimlicher vorgehen.

St. Gallen, Siebnen, Wittigkofen: Nächste Schauplätze

Das Szenario kennt man mittlerweile auswendig: Eine muslimische Gemeinschaft – diesmal die albanische El-Hidaje aus St. Gallen – plant eine Moschee für 300 bis 400 Personen, ausgestattet mit Glaskuppel, Cafeteria und Parkplätzen. Allein das Grundstück soll fünf Millionen Franken kosten, der Gesamtaufwand dürfte deutlich höher liegen. Auf Nachfragen versichert die Vereinigung auf ihrer Website, die Finanzierung laufe ausschliesslich über lokale Spenden, eigenes Vermögen und allfällige Bankdarlehen – kein Geld aus dem Ausland, keine islamischen Staaten. Will man sich tatsächlich allein über die eigene Gemeinschaft von mehreren hundert Gläubigen finanzieren, hätte jeder im Minimum einen fünfstelligen Betrag beizusteuern. Als ob das möglich wäre...

In Siebnen SZ versicherte die albanisch-islamische Gemeinschaft dasselbe – das Projekt scheiterte schliesslich, weil die Bevölkerung und die Gemeinde standhielten. In Bern-Wittigkofen wollte die reformierte Kirche einer islamischen Stiftung das Gemeinschaftszentrum verkaufen; das Vorhaben erlitt Schiffbruch wegen zu wenig Spendeneinnahmen. Ob und welche islamistischen Netzwerke bei diesen Projekten im Hintergrund mitgewirkt haben, bleibt vorerst offen. Fakt ist, dass die Finanzierungsquellen nicht transparent gemacht wurden – ungute Befürchtungen bleiben zu recht bestehen.

Saïda Keller-Messahli, Kritikerin des politischen Islam und selbst moderate Muslimin, weist überdies darauf hin, was die wohlfeilen Beruhigungsformeln der Medien gerne unterschlagen: Viele der bisher gebauten Grossmoscheen in der Schweiz – in Wil, Netstal, Reinach, Frauenfeld, Plan-les-Ouates und Grenchen – wurden nachweislich von Golfstaaten wie Katar mitfinanziert. Dies ist im Buch «Qatar Papers» minutiös dokumentiert. Nicht Vereinsbeiträge, sondern Petrodollars haben das Fundament gegossen.

Das Egerkinger Komitee als Wachposten

Während Bundesräte lavieren und Mainstream-Journalisten sich in trotziger «Ausgewogenheit» üben, benennt das Egerkinger Komitee die Lage schon seit Jahren klar. Die Vereinigung, als deren Geschäftsführer ich seit 2018 wirken darf, gehört zu den wirksamsten Bürgerinitiativen der jüngeren Schweizer Geschichte. Zwei gewichtige eidgenössische Volksabstimmungen bezeugen ihre schlagkräftige Wirkung: 2009 stimmten 57,5 Prozent der Stimmberechtigten dem Minarettverbot zu – damals belächelt, heute weitherum als weise Entscheidung geschätzt. 2021 folgte das Ja zum Verhüllungsverbot mit 51,2 Prozent.

Nun rüstet sich das Komitee zu einem neuen Kampf. Bei Grossbauprojekten von Moscheen müssten die politischen Gemeinden mehr Mitspracherechte erhalten. Konkret plant das Egerkinger Komitee parlamentarische Vorstösse. Die Forderungen sind klar und mutig: Ein Vetorecht für Gemeindeexekutiven oder Gemeindeparlamente, wenn berechtigte Vorbehalte gegen ein Moscheeprojekt bestehen. Meldepflichten und Offenlegung der Finanzen als Bedingung für jedes Baugesuch. Und das Verbot der Auslandfinanzierung für Moscheen und Imame aus Staaten, die gegen Menschenrechte und die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Schweiz verstossen.

Das Egerkinger Komitee verweist auch auf den Weg, den Österreich eingeschlagen hat. Wien verabschiedete bereits 2015 ein Islamgesetz, das die Finanzierung von Moscheen und Imamen durch ausländische Staaten grundsätzlich verbietet. Das Ziel: kein «Angestellter anderer Staaten» predigt in österreichischen Moscheen. Genau das ist der Massstab, den die Schweiz übernehmen müsste.

Ausgewogenheit als Vernebelungstaktik

Wer im April 2026 die SRF-«Rundschau» über den Moscheebau-Streit gesehen hat, weiss, worum es geht: Die Sendung präsentierte Moschee-Befürworter in bestem Licht, erklärte den Widerstand als irrationale Fremdenangst und hinterfragte die Geldflüsse der Bauherren kein einziges Mal ernsthaft. Typisch für eine Berichterstattung, die hinter dem Deckmäntelchen der «Ausgewogenheit» mehr verschleiert als aufklärt, wie Islamkritikerin Keller-Messahli in der NZZ treffend analysiert. Der erzkonservative britische Prediger Khaled Hussein, [der öffentlich für das Wittigkofen-Projekt trommelte und offen islamistische Organisationen der Muslimbruderschaft unterstützt](#) – in der Sendung kein Thema. Die Bevölkerung merkt es indes. Zurecht verlangen Bürger im Zusammenhang mit den Grossprojekten von St. Gallen oder Siebnen zu erfahren, wer diese bezahlt – und wessen Werte damit in ihre Gemeinden importiert werden.

Es ist das Verdienst des Egerkinger Komitees, diese Fragen unbequem und laut zu stellen, seit fast zwei Jahrzehnten und mit beachtlichem Erfolg. In Siebnen und Wittigkofen hat die Zivilgesellschaft in jüngster Zeit bewiesen, dass lokaler Widerstand Wirkung zeigt. Vetorecht, Transparenzpflicht, Auslandsfinanzierungsverbot – das sind keine Massnahmen gegen gläubige Muslime. Es sind die minimalen Selbstschutzreflexe eines Rechtsstaats, der den importierten politischen Islam als das versteht, was er ist: eine strategisch eingesetzte Kraft zur Unterwanderung liberaler Gesellschaften.

Die Glaskuppel für St. Gallen mag noch ein Traum sein. Der lange Arm des Halbmonds reicht hingegen längst bis in unser Land. Es ist höchste Zeit, ihn in die Schranken zu weisen.

Anian Liebrand